

Prof. Barbara John

Berlin, den 31. 3. 2006

Evaluation Zuwanderungsgesetz

Generelle Einschätzung:

Unter Integrationsgesichtspunkten greift das Zuwanderungsgesetz zu kurz. Da die entscheidenden Weichenstellungen für eine gelungene Eingliederung bei qualifizierten Bildungsabschlüssen und Teilhabe am Arbeitsmarkt liegen, sind nur bei Veränderungen auf diesen Feldern bessere Integrationserfolge zu erwarten.

Wir brauchen einen Nationalen Aktionsplan für Integration, wie von Herrn Kauder Fraktionsvorsitzender CDU) vorgeschlagen

Integrationskurse:

Ein Quantensprung in der Förderung von Deutschkenntnissen. Allerdings sollte die verpflichtende Teilnahme nicht für zwei Jahre aufgeschoben werden können. **Änderung des §44 Absatz 2 Nr. 2**

Wichtig wäre auch eine stärkere Ausrichtung bzw. Erweiterung um berufsvorbereitende Elemente

Aufnahme von Hochqualifizierten:

Wenn die Pipeline für die Einwanderung für Hochqualifizierte nicht durchlässiger wird, verliert Deutschland gänzlich im Wettbewerb mit anderen aufnahmewilligen Ländern Prüfung in wie vielen Fällen nach §16 Absatz 4 Arbeits- und Aufenthaltserlaubnisse erteilt wurden. (Es sollen wenige sein). Nach § 19 sollen in 05 nur 900 Hochqualifizierte zugewandert sein. Hier sind dringend Änderungen nötig, beim Mindestgehalt u. ä.

Aufenthalt aus humanitären Gründen:

Nach §25 Absatz 5 kann eine AE erteilt werden, wenn eine Rückreise nicht möglich ist. Allerdings scheitert die Erteilung oft an dem geforderten Einkommen. In den Ausführungsvorschriften wird als Sicherung zugrundegelegt die nach Hartz 4 üblichen Sätze plus die Wohnungsmiete. In der Regel werden bei einer mehrköpfigen Familie solche Einkommen nicht erzielt, weil die Erwerbspersonen nicht qualifiziert sind und nur sehr niedrige Einkommen generieren können.

So bleiben solche Personen und Familien ohne festen Status und sind weiterhin Transfermittelempfänger.

Das hilft niemandem. Integrativer wäre es, wenn eine Rückkehr nicht durchsetzbar ist, ein geringeres Einkommen zuzulassen und eine Negativbescheinigung vom Sozialamt/Arbeitsagentur zu verlangen. Ein Aufenthaltsstatus erhöht die Wahrscheinlichkeit, eine Tätigkeit zu finden und verringert die Kosten für die Steuerzahler

Familiennachzug zu Deutschen

Im § 28 sollte auch beim Familienachzug zu Deutschen die Sicherung des Lebensunterhalts gefordert werden; **also nicht abweichend vom § 5 Abs. 1 Nr. 1**

Es muss auch für diese Gruppe einen Anreiz zur wirtschaftlichen Integration geben.